

# Asiaten füllen ihre Krisenkasse

Führende Wirtschaftsmächte zahlen Milliarden in Nothilfefonds ein · Entwicklungsbank fordert größere Konjunkturpakete

VON CHRISTIANE VON HARDENBERG,  
NUSA DUA

Asiens Wirtschaftsmächte China, Japan und Südkorea stellen mehr als 185 Mrd. \$ zur Verfügung, um die Folgen der Wirtschaftskrise in der Region abzufedern. Die Länder und die asiatische Staatengemeinschaft Asean stocken ihren gemeinsamen Nothilfefonds von 80 auf 120 Mrd. \$ auf. Die Regierung in Tokio will zudem 61,5 Mrd. \$ für Währungskredite und 5,1 Mrd. \$ für Anleihegarantien bereitstellen. Das gaben die asiatischen Finanzminister der sogenannten Asean-plus-drei-Gruppe gestern am Rande der Jahrestagung der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) in Nusa Dua, Indonesien, bekannt.

Zuvor hatten die ADB-Mitglieder eine Verdreifachung ihres Kapitals auf 165 Mrd. \$ beschlossen. Damit

will die Bank unter anderem ihre Kreditvergabe in diesem und dem kommenden Jahr auf rund 33 Mrd. \$ verdoppeln. Das Geld soll vor allem in Infrastrukturprogramme fließen, um die Nachfrage in der Region anzukurbeln.

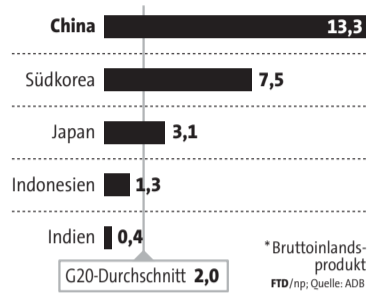
Damit können in Not geratene Volkswirtschaften in Asien nun auf beachtliche finanzielle Hilfen zurückgreifen, um ihre Konjunktur in Schwung zu bringen. Bereits auf dem G20-Treffen Anfang April in London hatte der Internationale Währungsfonds (IWF) beschlossen, seine Mittel für die Kreditvergabe massiv aufzustocken. Der asiatische Nothilfefonds soll die IWF-Programme ergänzen. Der unter dem Namen Chiang-Mai-Initiative bekannte Fonds wurde nach der Asienkrise 1997/98 gegründet, um die Entstehung und Ausbreitung von Finanzkrisen zu verhindern. Vor allem China und Japan

haben jetzt kräftig in die Tasche gegriffen und der Initiative mehr Gewicht verliehen. Die Besitzer der weltgrößten Devisenreserven zahlen je 38,4 Mrd. \$ in den Fonds ein, Südkorea 19,2 Mrd. \$.

Die Hilfe kommt zur rechten Zeit. Die Auswirkungen der Finanzkrise hatte Asien zwar zunächst glimpflich überstanden. Denn nach der

## Der Renminbi rollt

Konjunkturpakete in % des BIPs\* 2008



Asienkrise 1997/98 hatten die Banken ihre Bilanzen gesäubert, die Verschuldung zurückgefahren und die Finanzaufsicht verschärft. Der jetzige weltweite Nachfragerückgang trifft die exportorientierte Region aber hart. Nach 9,5 Prozent Wachstum 2007 ging das Wachstum 2008 bereits auf 6,3 Prozent zurück. In diesem Jahr wird Asiens Wirtschaft laut ADB-Prognose nur noch um 3,4 Prozent wachsen. „Diesmal können wir uns nicht aus der Krise retten, indem wir einfach in einen anderen Teil der Welt mehr exportieren“, sagte ADB-Präsident Haruhiko Kuroda. „Wir müssen die heimische Nachfrage stärken.“

Die meisten Länder Asiens haben das bereits mit Zinssenkungen und Konjunkturpaketen versucht. Vor allem industrialisierte Länder wie China und Südkorea haben nach dem Wirtschaftsboom prall gefüllte Kassen, um Ausgabenpro-

gramme zu finanzieren. „Insgesamt sind die Konjunkturpakete jedoch zu klein, um wirklich etwas auszurichten“, heißt es in einem ADB-Bericht. Selbst Chinas Maßnahmen fingen nur etwa die Hälfte des Nachfragerückgangs auf.

Um den finanziellen Spielraum der Regierungen zu erweitern, stellt die ADB daher 3 Mrd. \$ als Soforthilfe zur Verfügung. „Die Mittel sollen schneller und zu günstigeren Konditionen verliehen werden als die Gelder aus den herkömmlichen Programmen“, sagte Kuroda.

Kritiker fürchten jedoch, dass ein solcher Geldregen unerwünschte Nebenwirkungen haben könnte. „Die Gefahr besteht, dass die Bank die Mittel zu schnell vergibt, ohne genau auf soziale Standards zu achten, wie etwa die Einhaltung der Menschenrechte“, sagte Eduard Westreicher, deutscher Direktor bei der ADB in Manila.

## Demjanjuk darf abgeschoben werden



Ein amerikanisches Bundesberufungsgericht hat grünes Licht für die Abschiebung des mutmaßlichen NS-Verbrechers John Demjanjuk nach Deutschland gegeben. Damit geht das juristische Tauziehen um dessen Rückkehr in eine weitere Runde. Das Gericht in Cincinnati im Bundesstaat Ohio wies eine Eingabe von Demjanjunks Vertretern zurück, wonach eine Abschiebung des 89-Jährigen wegen dessen schlechter Gesundheit Folter gleichkäme. Zugleich wurde eine gerichtliche Blockade der Abschiebung aufgehoben. Eine Sprecherin des Bundesjustizministeriums sagte am Freitagabend in Berlin, es lägen noch keine Informationen vor, ob Demjanjunks Anwälte gegen die Entscheidung erneut rechtlich vorgehen wollen. DPA

## Erdogan zieht Lehren aus Wahldämpfer

Türkei besetzt mehrere Schlüsselministerien neu

VON MARINA ZAPF, BERLIN

Nach dem Dämpfer bei den Kommunalwahlen hat der türkische Ministerpräsident Tayyip Erdogan mehrere Schlüsselposten in der Regierung neu besetzt. Ausgewechselt wurden unter anderem die Minister für Äußeres, Finanzen, Justiz und Energie. Die Wähler hatten der pro-islamischen Regierungspartei eine verfehlte Reaktion auf die Wirtschaftskrise, Korruption sowie ein autoritäres und willkürliches Vorgehen in Zusammenhang mit Ermittlungen gegen die Verschwörungsbewegung „Ergenekon“ übel genommen.

Erdogans Partei AKP hatte im März erstmals in ihrer Erfolgsgeschichte seit 2002 Verluste hinnehmen müssen. Die Parlamentswahl 2007 war noch ein Triumph. Viele Wähler nahmen es aber übel, dass die Partei zuletzt mehr an sich selbst als an Reformen dachte. Mit acht Spitzenpolitikern, die ihre Ämter ganz verloren, fiel der Schnitt aber radikaler aus als erwartet.

Neuer Außenminister wird Erdogans außenpolitischer Berater Ahmet Davutoglu, der als Vordenker der regionalen Aussöhnungspolitik Ankaras gilt. Er wolle die Rolle der Türkei als regionale Ordnungsmacht stärken, sagte er am Wochenende. „Die Türkei ist kein Land mehr, das nur auf Krisen reagiert. Sie formt die Verhältnisse in der Region“, sagte er. Davutoglu ersetzt Ali Babacan, der neuer Superminister für Wirtschaft wird.

Babacan führte die Türkei schon durch den beispiellosen Aufschwung nach der türkischen Schuldenkrise 2001. Er soll auch jetzt die wirtschafts- und finanzpolitischen Zügel wieder straffer ziehen und die Bankenaufsicht stärken. Das exportorientierte Schwellenland wird von der weltweiten Wirtschaftsschwäche hart getroffen. Das Wachstum war im letzten Quartal 2008 um mehr als sechs Prozent eingebrochen, das Haushaltsdefizit zuletzt deutlich angestiegen. Babacan wird auch die stockenden Verhandlungen mit dem IWF für neue Kreditlinien weiterführen.

Abgelöst wurde auch der bisherige Finanzminister, dessen Haus in jüngster Zeit wiederholt Korruptionsvorwürfen ausgesetzt war. Der neue Ressortchef Mehmet Simsek kündigte die Rückkehr zu einer strikteren Haushaltsführung an – ein Signal auch an die Finanzmärkte, da die Türkei sehr stark von ausländischem Kapital abhängig ist.

Ausgewechselt wurden außerdem die Minister für Energie, Justiz, Bildung, Wohnungsbau, Industrie und Handel. Energieminister Hilmi Güler hatte bei den Verhandlungen mit einigen EU-Ländern über die geplante Gaspipeline Nabucco den Ruf eines Hardliners erlangt, weil er für das Transitland extrem hohe Forderungen stellte.



Stillstand: Alle Orte, an denen sich sonst Menschenmassen drängen, hat Mexikos Regierung geschlossen. So auch alle Fußballstadien – wie hier die Arena in Mexiko City

# Grippetherapie lähmt Mexiko

Handelskammern beklagen übertriebene Schutzvorschriften · Pleiten und Massenentlassungen befürchtet

VON MATTHIAS KNECHT, MEXIKO-STADT

Während Mexikos Regierung erstmals vorsichtige Entwarnung gibt im Kampf gegen die grassierende Schweinegrippe, regt sich in der Wirtschaft Kritik an den drastischen Einschränkungen, die das Wirtschaftsleben vor allem in der Hauptstadt zum Erliegen gebracht haben. Bis zum morgigen Dienstag noch gilt von Präsident Felipe Calderón verhängte nahezu totale Stillstand.

Experten der Regierung betrachten diese Tage als besonders kritische Phase, in der sich entscheidet, ob und wie schnell sich das gefährliche H1N1-Virus weiter ausbreitet. Mexikos Wirtschaft wird jedoch hart getroffen von der staatlichen Grippetherapie. Experten warnen vor einer Verschärfung der Rezession im Land und vor Massenentlassungen.

Um die Ansteckungsgefahr für die Bevölkerung zu minimieren, hatte Calderón am vergangenen Freitag die Staatsangestellten nach Hause geschickt. Industrie und Handel untersagte er jegliche „nicht essenzielle Aktivitäten“. So sind Fabriken, Dienstleistungsunternehmen und Behörden seither geschlossen. Geöffnet haben lediglich Lebensmitteläden und Apotheken. Die Schulen bleiben landesweit schon seit einer Woche geschlossen. In der Hauptstadt, die wegen der hohen Bevölkerungs-

dichte besonders gefährdet ist, sind Kinos, Theater, Museen und auch die meisten Kirchen verwaist. Das Gros der 35 000 Restaurants, Bars und sonstigen Gastronomiebetriebe der Hauptstadt hat resigniert, nachdem die Behörden ihnen nur noch den Verzehr außer Haus erlaubt hatten – und das auch nur bis 18 Uhr.

Die 22 Millionen Hauptstadtbevölkerung reagieren zwar zunehmend gelassen auf den Ausnahmezustand. Kaum jeder Zweite trägt in der Öffentlichkeit noch den empfohlenen Mundschutz. Doch die Polizei hat in den vergangenen Tagen ihre Streifen erheblich verstärkt. Sie kontrolliert Taxifahrer, ob sie auch vorschriftsgemäß Mundmasken und Latexhandschuhe tragen, und bringt die wenigen noch geöffneten Geschäfte dazu, ihre Rolläden herunterzulassen.

Derweil wächst unter Wirtschaftsvertretern der Unmut über die drastische Reaktion der Regierung. Mehrere Handelskammern in den 31 Bundesstaaten Mexikos verurteilten „übertriebene Maßnahmen“ und warnen vor drohenden Entlassungen und Pleiten. Von den rund 450 000 Angestellten in der Gastronomie von Mexiko-Stadt hat seit der Verhängung der Notmaßnahmen bereits mehr als die Hälfte ihre Jobs verloren. Um den Unmut zu besänftigen, kündigte die Regierung an, den Betroffenen am Montag ein tägliches Arbeitslosengeld von umgerechnet 2,80 € zu zahlen.

Besonders aber stöhnt die Tourismusbranche unter der Grippe. Die Zahl der Reisenden sei in den zehn Tagen seit dem Ausbruch der Schweinegrippe um 80 bis 85 Prozent eingebrochen, sagte Tourismusminister Rodolfo Elizondo. Die Branche ist mit etwas mehr als 13 Mrd. \$ Jahresumsatz eine der größten Devisenquellen Mexikos.

Finanzminister Agustín Carstens schätzt, die Auswirkungen von Epidemie und Notmaßnahmen wür-

den Mexikos Wirtschaft bis zu 0,5 Prozentpunkte des Bruttoinlandsprodukts (BIP) kosten. Ratingagenturen und Banken bezifferten den Effekt auf bis zu einem Prozentpunkt. Das entspräche einem Verlust von rund 10 Mrd. \$.

Die Schweinegrippe trifft dabei eine bereits schwache Wirtschaft. Schon zuvor gingen Experten von einem Rückgang des mexikanischen BIPs im laufenden Jahr aus. Die Ratingagentur Moody's korrigierte ihre Wachstumsprognose für Mexiko gerade auf minus 5,5 Prozent, von zuvor minus 4,5 Prozent.

Die drastischen Einschränkungen stoßen bei Wirtschaftsvertretern umso mehr auf Unverständnis, seit Regierungsvertreter am Wochenende von einer „Stabilisierung“ der Lage sprachen und die Zahl der Grippetoten deutlich nach unten revidierten. „Die Entwicklung der Epidemie ist jetzt in ihrer Phase des Rückgangs“, verkündete Gesundheitsminister José Ángel Córdova gestern auf einer Pressekonferenz. Ihren Höhepunkt hätte die Grippewelle bereits zwischen dem 23. und 28. April erreicht.

Nachdem zuvor stets von 176 Todesopfern und von mehr als 2500 Infizierten die Rede gewesen war, sprach der Minister gestern auch nur noch von 19 Toten und Ansteckungsfällen. Eine vorzeitige Rücknahme der gravierenden Einschränkungen für Mexikos Wirtschaft stellte er allerdings nicht in Aussicht.

## Opfer der Grippepanik

**Diskriminiert** In Mexiko wächst der Ärger über das Vorgehen gegen Mexikaner im Ausland. Als „ungerechtfertigt“ und „fremdenfeindlich“ kritisierte das Außenministerium, dass China, Argentinien, Kuba, Ecuador und Peru alle Flüge von und nach Mexiko einstellten.

**Isoliert** Besonders drastisch gingen die Behörden in China vor, die mehr als 70 mexikanische Fluggastagiere auf unbestimmte Zeit in Quarantäne steckten.

**Angegriffen** Anfeindungen gibt es auch in Mexiko, wo die Hauptstadt als Zentrum der Seuche gilt. Im Badeort Acapulco forderte der Bürgermeister Hauptstädter auf, heimzukehren. In anderen Urlaubsorten soll es Übergriffe gegen solche Gäste gegeben haben.

## Provinz in Pakistan festigt Scharia-Justiz

Pakistans Nordwest-Grenzprovinz hat die Einsetzung eines Scharia-Berufungsgerichts angekündigt und damit die Strukturen des islamischen Rechtssystems in der Unruhregion weiter gefestigt. Ein Regierungssprecher rief die radikalislamischen Taliban im Swat-Tal und den angrenzenden Distrikten gestern zugleich auf, nun die Waffen niederzulegen, da mit der Einsetzung des von hohen Geistlichen geführten Gerichts eine Hauptforderung der Taliban erfüllt werde. An dem Berufungsgericht können Urteile örtlicher Scharia-Richter im Falle eines Widerspruchs bestätigt oder aufgehoben werden. Taliban und Provinzregierung hatten im Februar ein umstrittenes Friedensabkommen geschlossen, mit dem Scharia-Gerichte eingeführt wurden. Präsident Asif Ali Zardari stimmte dem Abkommen später trotz internationaler Kritik zu. Die Taliban dehnten ihren Einflussbereich aber aus. Seit einer Woche gehen Regierungstruppen gegen sie vor. DPA

## Australien stockt seine Rüstungspläne auf

Australien will mit Milliardeninvestitionen seine militärische Schlagkraft erhöhen und sich so auf die neue strategische Lage im asiatisch-pazifischen Raum einstellen. Wie die Regierung am Samstag mitteilte, sollen innerhalb der nächsten 20 Jahre 100 neue Kampfflugzeuge angeschafft werden. Außerdem würden die Zahl der U-Boote auf zwölf verdoppelt und acht neue Fregatten in Dienst gestellt. Einen weiteren Kernpunkt des Plans bildet die Bewaffnung der Kriegsschiffe mit Mittelstreckenraketen. Für die Rüstungspläne sind Ausgaben von über 70 Mrd. \$ (52,7 Mrd. €) vorgesehen. In der strategischen Analyse der Regierung wird die zunehmende militärische Bedeutung Chinas hervorgehoben. In deren Verteidigungsweißbuch heißt es, die USA werde eine militärisch dominierende Kraft und ein unentbehrlicher Bündnispartner für Australien bleiben. Jedoch würden Mächte wie China, Indien und Russland die amerikanische Überlegenheit in der Region herausfordern. DPA

## Sorge in Nepal vor Regierungskrise

In Nepal droht nach der Entlassung des Armeechefs durch die regierenden Maoisten eine Regierungskrise. Premierminister Prachanda setzte gestern den einflussreichen General Rookmangud Katawal ab, was Proteste kleinerer Koalitionsparteien auslöste. Die führende oppositionelle Kongresspartei drohte mit Straßenprotesten. Nepal stand laut Presseberichten vor einem „weichen Putsch“ des Militärs. Unter anderem wurde von einem konspirativen Treffen führender Generäle berichtet. In dem Königreich war erst 2006 ein jahrzehntelanger Bürgerkrieg zwischen maoistischen Rebellen und der Armee zu Ende gegangen. Aus der Rebellenbewegung wurde eine politische Partei. Dem Armeechef wird vorgeworfen, gegen den Willen der Regierung neue Soldaten zu rekrutieren, bevor die Eingliederung der ehemaligen Rebellen abgeschlossen sei. FTD, AP